

Diakonischer Arbeitskreis für Gerechtigkeit und Solidarität (DAGS)

Konvent der Brüder- und Schwesternschaft
des Rauhen Hauses Hamburg



Informationsblatt des Arbeitskreises (8. Jahrgang, Nr. 04, April 2014)

Behalte das Gut, das dir geschenkt worden ist, nicht für
dich allein.

Adam von Perseigne

Gierig ?!

Lohnsteigerung versus Diätenerhöhung

Die Forderung von Verdi und dem deutschen Beamtenbund nach einer Lohnsteigerung von **3,5% + 100 €** pauschal für die Angestellten der Kommunen und des Bundes findet Innenminister de Maziere „maßlos überzogen“. Nun ist ja noch nicht einmal klar, ob diese Forderung durchgesetzt werden kann. Meistens liegen die Tarifabschlüsse unter den Forderungen. Da haben es „unsere“ Bundestagsabgeordneten leichter. Sie bewilligen sich mal eben eine **10%tige** Diätenerhöhung!! Für 2014/15 je 415 €. Das hat schon ein ordentliches „Geschmäckle“. Die Kommentare in Presse und Internet reichen von abenteuerlich, unsozial, unchristlich bis Dreistigkeit, Frechheit, Instinktlosigkeit.

Man muss wissen, dass die Abgeordneten dann eine Entschädigung (Diät) von fast 9000 € erhalten, zuzüglich einer Kostenpauschale von 4204 €, einer DB Netzkarte für die 1.Klasse, für Mitarbeiter stehen ihnen 16019 € monatlich zur Verfügung und Büromittel können sie bei Nachweis bis 12000 € jährlich erstattet bekommen. Dienstliche Inlandsflüge werden auch bezahlt. Ach ja, die Abgeordneten zahlen nicht in die Rentenkasse ein! Sie bekommen ja eine Pension (Altersentschädigung). Sie erhalten diese übrigens schon nach zwei Legislaturperioden.

Nach 2 (zwei !!!) Jahren erhalten sie eine Altersentschädigung in Höhe von 20% ihrer Diäten. Das sind dann ca. 1800 € !!!

Vor diesem Hintergrund und der aktuellen Situation vieler Arbeitslosen, Alleinerziehenden und Rentner ist diese Selbstbedienung der Abgeordneten meiner Meinung nach nicht nachvollziehbar und unverschämt!

Was kann man dagegen tun? Ein Brief oder Mail an die Parteien oder dem zuständigen Abgeordneten ist möglich. Sie sollten mindestens erfahren was viele Wähler denken. Ich werde bei der nächsten Wahl nur eine Partei wählen, die im Bundestag gegen diese Diätenerhöhung gestimmt hat.

Karlheinz Schaumberg

Mich bedrückt,

dass die Arbeitgeber im Raum Kirche sich selbst nicht mehr an gute Arbeitsregelungen halten. Arbeitsbereiche werden ausgegliedert, damit man nicht an Tarife gebunden ist. Löhne werden mit System herunter gefahren. Arbeitszeitregelungen werden willkürlich festgesetzt, es gibt Arbeitsbereiche, in denen Löhne niedrig sind und die Mitarbeitenden mehrmals am Tag eingesetzt werden. Immer mehr wird dazu übergegangen, nur befristete Arbeitsverhältnisse anzubieten. Wenn eine Leitungsperson zu einem Abteilungsleiter sagt: "Du musst Schwein sein" und damit den Umgang mit den Mitarbeitenden meint, sind die Grundlagen der Diakonie verlassen. Wenn in den Werkstätten für behinderte Menschen der Lohn willkürlich niedrig gehalten wird und Angebote gestrichen werden, weil sie Geld kosten, das man ohne diese Angebote einfach behalten kann, stellt man sich selbst in Frage. Unser Gott, nach dem wir uns in unserer Gesellschaft wirklich ausrichten nennt sich Geld und Wirtschaftlichkeit. Wir müssen als Beispiel vorausgehen, wenn wir glaubwürdig Kritik an der Arbeitswelt üben wollen. Und es wäre aller höchste Zeit, dass wir uns mit den Fragen des Wirtschaftslebens auseinander setzen. Und in unserer globalen Welt müssen wir viele Dinge beachten. Bei uns wird es den nächsten Crash geben, wenn wieder eine kleine Rezession kommt. Und dass sie kommen wird, ist jedem bekannt. Wie werden wir dann in unseren Arbeitsbereichen da -stehen?

Rolf Jürgen Freese

Ergänzung zum „LohnSpiegel“

als Ergänzung zum „LohnSpiegel“ (DAGS-Info-Blatt Januar 2014) habe ich im „Publik-Forum“ noch folgende Angaben und Zahlen gefunden:

Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit gibt es in Deutschland rund 4,1 Millionen Arbeitnehmer, die weniger als sieben Euro brutto im Monat an Stundenlohn verdienen. 2012 waren das 20,6 % aller Arbeitnehmer in Deutschland. Der Anteil der Niedrigverdiener ist je nach Bundesland sehr unterschiedlich; 40 % insgesamt in den neuen Bundesländern, Berlin 25,8 %, Schleswig-Holstein 22,1 %, Niedersachsen 20,4 %, Baden – Württemberg 14%

Uwe Held

Mehr Geld und mehr Personal

Schlechte Bezahlung, zu wenig Personal, Stress und Überlastung - so sieht der Pflegealltag in Deutschland im Normalfall aus. Ver.di setzt sich deshalb für eine deutliche Aufwertung der Pflegeberufe ein. Dazu gehören bessere Arbeitsbedingungen und wesentlich mehr Geld. Die Gewerkschaft fordert eine Bezahlung von mindestens 3000 Euro brutto monatlich, die der hohen Verantwortung der Beschäftigten, ihrer Leistung und großen Belastung gerechter wird. Bislang beträgt das Durchschnittseinkommen aller Pflegeberufe 2410 Euro, wobei examinierte Altenpflegerinnen mit durchschnittlich 2190 Euro am schlechtesten bezahlt werden.

Eine nachhaltige Verbesserung der Arbeitsbedingungen lässt sich zudem nur mit genug Personal erreichen. Während beispielsweise in Norwegen eine Pflegekraft im Krankenhaus im Schnitt 3,8 Patienten versorgt, sind es in Deutschland 10,3 Patienten. Laut einer ver.di-Befragung im letzten Jahr fehlen allein in deutschen Kliniken 162 000 Vollzeitkräfte, darunter 70 000 in der Pflege. Das ist belastend für die Pflegekraft und im Akutfall lebensbedrohlich für die Patienten.

Aus „ver.di Publik“ 01 14

Diakonie strebt mit Gewerkschaften Zusammenarbeit an

Die Diakonie will dem harten Konflikt um das kirchliche Arbeitsrecht die Spitze nehmen. Der Präsident des evangelischen Wohlfahrtsverbandes, Johannes Stockmeier, zeigte sich am Montag auf einer Fachtagung im bayerischen Eichstätt zuversichtlich, dass Kirchen und Gewerkschaften gemeinsamen einen Weg aus dem Tarifstreit finden werden. Das Bundesarbeitsgericht (BAG) hatte mit seinen grundlegenden Urteilen im November 2012 beide Seiten zur Kooperation verpflichtet.

Stockmeier verwies darauf, dass Kirchen und Gewerkschaften in sozialpolitischen Fragen viele Gemeinsamkeiten verbinden. "Auch in tarifpolitischen Fragen sind wir nicht so weit auseinander", sagte der Chef der Diakonie Deutschland. Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) habe im vergangenen November die kirchenrechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die Gewerkschaften voll in die überregionalen Lohnverhandlungen eingebunden werden. Das hatte das BAG als eine Voraussetzung dafür verlangt, dass Beschäftigte weiterhin nicht in kirchlichen Einrichtungen streiken dürfen.

Wie Stockmeier weiter ausführte, soll in den Lohnfindungskommissionen eine angemessene Zahl an Sitzen für Gewerkschaftsvertreter reserviert sein. Kommissionsmitglieder müssen außerdem nicht länger der Kirche angehören.

Die Diakonie will ferner unterbinden, dass einzelne diakonische Einrichtungen die vereinbarten Tariflöhne unterlaufen. Ziel sind laut Stockmeier Flächentarife für die Diakonie. Einrichtungen, die sich nicht daran halten, riskieren den Ausschluss aus der Diakonie und damit auch den besonderen Schutz kirchlicher Einrichtungen vor Streiks.

Stockmeier unterstrich, dass die EKD in ihrem neuen Kirchengesetz nicht nur den traditionellen sogenannten Dritten Weg der Kirchen erlaubt, bei dem paritätisch aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern besetzte Kommissionen die Lohnfindung übernehmen. Vorgesehen ist außerdem ein "kirchengemäßes Tariffrecht". Hier handeln, wie im nichtkirchlichen Bereich, ausschließlich Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände die Löhne aus. Den Anfang macht hier die Niedersachsen, wo die Synode der Landeskirche am Wochenende eine entsprechende Regelung verabschiedet hat.

aus: epd vom 11.03.2014

Zwei Euro mehr Kindergeld sind keine wirksame Unterstützung Diakonie erwartet Familienleistungen "aus einem Guss"

Nach Ansicht der Diakonie zeigt die Diskussion um die Erhöhung des Kindergeldes, dass die familienpolitischen Leistungen dringend auf die Tagesordnung der Bundesregierung gehören. "Zwei Euro mehr Kindergeld sind ein Affront gegenüber Familien und sind keine ernsthafte Verbesserung der Familienleistungen", sagt Maria Loheide, Vorstand Sozialpolitik der Diakonie Deutschland. Diese geplante Erhöhung stehe in keinem Verhältnis zu den allgemein gestiegenen Preisen und sei nicht mehr als der berühmte Tropfen auf den heißen Stein. Die derzeitige Steuer- und Familienpolitik benachteilige zudem ausgerechnet Alleinerziehende. Die Diakonie Deutschland fordert seit langem eine Neuausrichtung der familienpolitischen Leistungen und eine soziale Sicherung von Kindern und Jugendlichen "aus einem Guss". "Das Geld muss endlich dort eingesetzt werden, wo es nötig und sinnvoll ist: in familienunterstützende Infrastruktur, die Sicherung von Bildungschancen für alle Kinder und Jugendlichen und den Abbau von Benachteiligungen", so Loheide. Die Diakonie Deutschland erwartet eine schnelle Auswertung der Evaluation der familienpolitischen Leistungen des Bundes um zielgenaue Umsteuerungen auf den Weg zu bringen.

aus: epd vom 12.03.2014

Für Eure/Ihre schriftliche und verbale Unterstützung unserer Arbeit und unserer Themen danken wir sehr. Es ist wünschenswert, dass Themen und Diskussionsbeiträge von unseren Leserinnen und Lesern eingebracht und wenn uns Beiträge zugesandt werden, die wir veröffentlichen können. Über Anregungen und Kritik freuen wir uns.

**Beiträge und Anregungen bitte an
mathias.mees@web.de**

Unsere nächsten Treffen finden statt am 12. Mai und 30. Juni 2014 jeweils von 18.00 bis 20.30 Uhr im Rauhen Haus (Altenheim-Haus Weinberg)

Eure Traurigkeit soll in Freude verwandelt werden.
(Monatsspruch April 2014 aus Johannes 16,20)

Herausgeber: DAGS
Redaktion und verantwortlich i.S.d.P.:
Siegfried Heidler, Hamburg
Klaus-Rainer Martin, Klein Wesenberg